

15 Thesen zur Zukunft der politischen Bildung

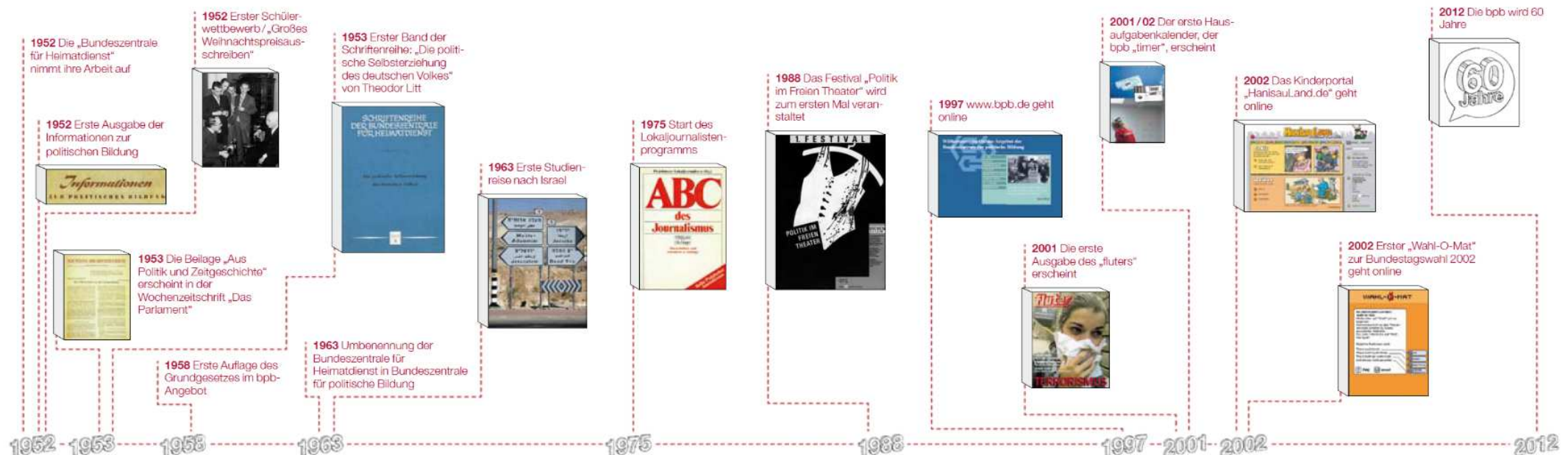
Thomas Krüger

Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

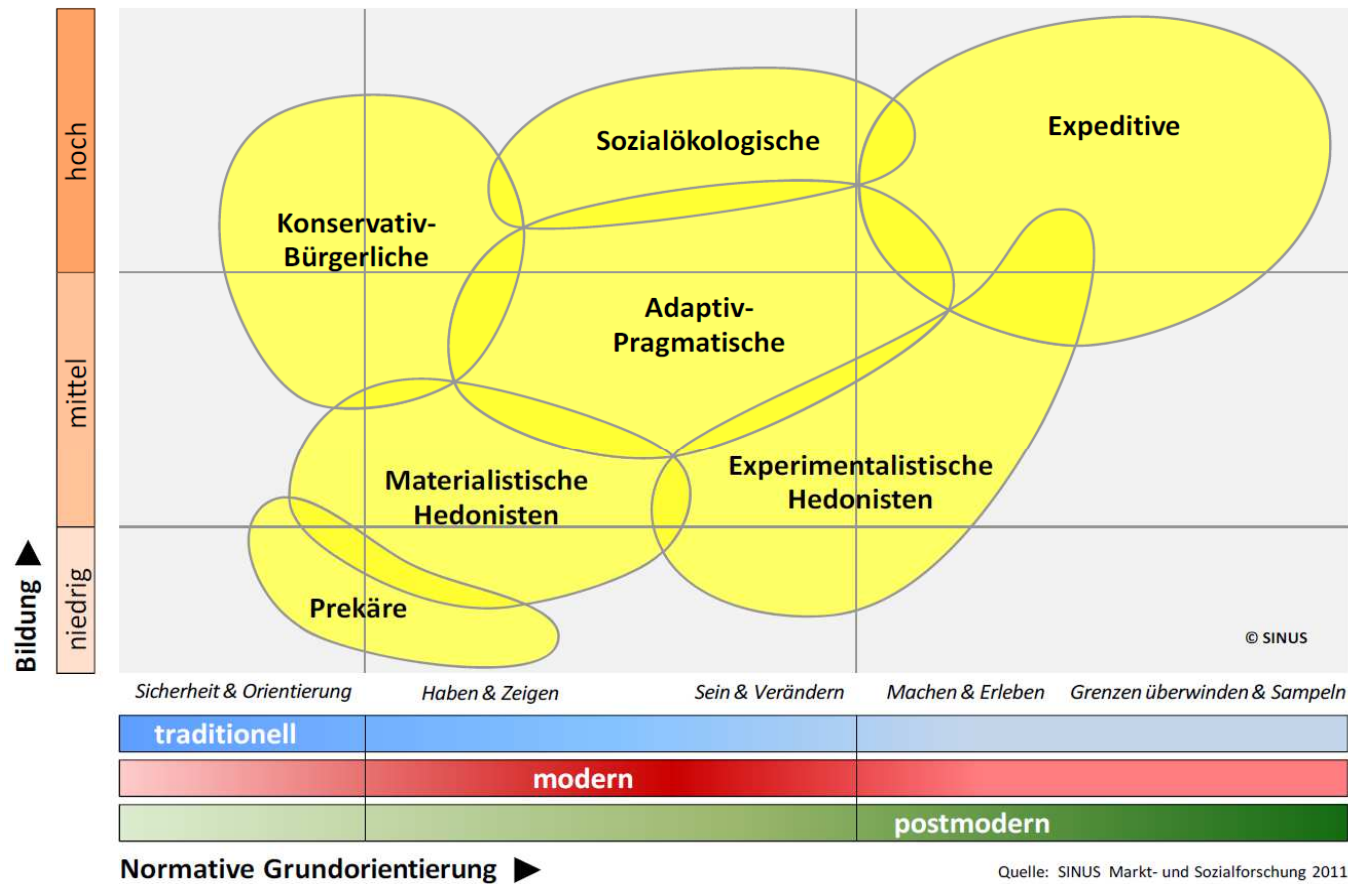
8. Jahreskongress für politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern
18. September 2015

1. Politische Bildung im permanenten Wandel

Die staatliche und überparteiliche politische Bildung ist seit 60 Jahren im permanenten Wandel. Sie verändert sich mit den historischen Herausforderungen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, ohne ihre Ausrichtung auf die Stärkung der Demokratie und die Förderung der Zivilgesellschaft in einer offenen Gesellschaft aus dem Blick zu verlieren.



2. Diversifizierung der Zielgruppe



Die Zielgruppen, die politische Bildung erreichen muss, haben sich stark diversifiziert. Dieser Prozess wird sich fortsetzen und auch eine politische Diskussion und priorisierende Bewertung nach sich ziehen.

Ein besonderes Handlungsfeld besteht in der wachsenden ethnischen, religiösen, sozialen und identitären Pluralisierung der Gesellschaft.

3. politische Bildung wird interdisziplinär

In der Konsequenz aus den vorherigen Thesen nutzt die staatliche politische Bildung zunehmend interdisziplinäre und verschränkende Formate und Vermittlungsweisen.

Hier besteht eine Möglichkeit in der interdisziplinären Zusammenarbeit in Projekten, die im Bereich Sozialpädagogik, Sport oder Kultur angesiedelt sind, und in die Module politischer Bildung integriert werden.



4. Bildungsbenachteiligte wirklich erreichen

Eine besondere Herausforderung wird darin bestehen, Bildungsbenachteiligte zu erreichen.

Politische Bildung muss daher – will sie soziale und politische Desintegration verhindern - ihren Blick verstärkt auf Milieus richten, die man als bildungsfern bezeichnen muss. Diese Gruppen sind mit den klassischen Angeboten politischer Bildung nicht zu erreichen und es gilt neue Formate der Ansprache zu entwickeln und neue Partner bei der Vermittlung zu finden.



5. Wir brauchen eine Didaktik der inklusiven politischen Bildung

Die sich durchsetzende Inklusionsstrategie in der Bildungsdebatte wird auch das Instrumentarium der politischen Bildung neu bestimmen, weil die herkömmlichen Vermittlungsformen nicht mehr oder nur noch sehr bedingt greifen.

Inklusion ist in der politischen Bildung aber nicht realisierbar als Übersetzung von in Fachsprache verfassten Inhalten (Print, Online, Seminare) in (auch) für Menschen mit Behinderung entwickelte Sprachen (z.B. Leichte Sprache).





6. Mehr aktivierende Teilhabe

Die Disziplin der politischen Bildung konzentriert sich neben dem Informationstransfer zunehmend auf die aktivierende Teilhabe an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Muss die Lernerperspektive - wie im dritten Satz des Beutelsbacher Konsens gefordert - nicht weiter gedacht werden als Anwendungskompetenz zur politischen Intervention?

du hast ~~die wahl~~ у тебя
есть выбор

INFOBROSCHÜRE ZU DEN BERLINER WAHLEN 2011
ИНФОРМАЦИОННАЯ БРОШЮРА О ВЫБОРАХ 2011 ГОДА В БЕРЛИНЕ



7. Aus Nutzern werden Produzenten

Die Nutzenden politischer Bildung kommen nicht nur als Kunden und Kundinnen, sondern in Zukunft auch als Co-Produzierende in den Blick. Politische Bildung wird partizipativer werden und nicht nur zur Partizipation ermutigen. Gute Beispiele finden sich in bereits bestehenden Peer-Netzwerken. Die Infrastruktur politischer Bildung wird sich in kollaborativen Prozessen den Nutzern und Nutzerinnen politischer Bildung neu öffnen müssen. Die mit dem Internet eröffneten Kommunikationskanäle ermutigen sie zu stärkerer Aktivität.

Zu berücksichtigen ist dabei jedoch immer, dass vor allem bildungsaffine Zielgruppen von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen.



8. Mehr (offener) Dialog mit den Bürgern

Die Kommunikation mit den Nutzerinnen und Nutzern muss verbindlicher und offener werden. Das ist mit einem hohen Aufwand, aber auch einer Chance auf stärkere Akzeptanz und Legitimität verbunden. Die Social Media spielen dabei eine Schlüsselrolle – aber auch der telefonbasierte Bürgerservice und angebotene FAQs.

Die Präsentation auf Messen und die allgemeine Ansprechbarkeit sind vor dem Hintergrund neuer Erwartungshaltungen zu optimieren.



FAQ - Was haben wir schon beantwortet?

Bürgerinnen und Bürger wenden sich oft mit Fragen an uns: Zu Publikationen und Veranstaltungen, aber auch mit Anliegen, die über das konkrete Serviceangebot der bpb hinausgehen. Antworten auf häufig gestellte Fragen (FAQ) beantworten wir Ihnen hier. Weiter...



frag_die_bpb

@frag_die_bpb

Deine Frage an die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

Unsere Antwort: Politische Sachverhalte verständlich erklärt, in 140 Zeichen.

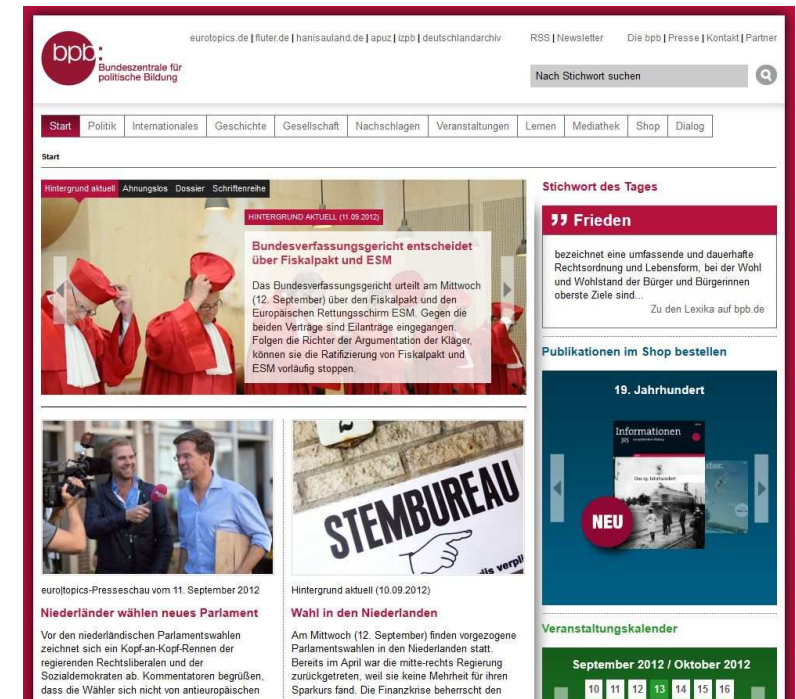
Bonn, Germany · <http://www.bpb.de>

9 a) Online first!

Aufgrund der veränderten Rezeptionsformen muss die politische Bildung alternative Vertriebswege erschließen. Die Vermittlung über das Internet wird immer wichtiger. Dazu brauchen wir

- ein komplexeres Wissensmanagement,
- vernetzte Daten,
- insgesamt knappere überblicksartige Formate,
- Personal- und Organisations-entwicklung der anbietenden Institutionen und Träger

In der Zukunft gilt "Online first"!



9 b) Print bleibt

Die Printangebote werden auch in Zukunft nachgefragt werden und bleiben ein Kernangebot der politischen Bildung. Auch in der digitalen Welt sind sie in zentralen Fragen von Politik und Gesellschaft unverzichtbar sind, da sie eine nachhaltige und vertiefende Lektüre bieten.



9 c) Veranstaltungen #erleben



Auch Veranstaltungsangebote werden weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Sie geben die Möglichkeit zum unmittelbaren Erleben. Und es gilt neue Veranstaltungsformate zu entwickeln: nachhaltiger, vernetzter, interagierender, über den tatsächlichen Veranstaltungszeitraum hinausreichend.

Livestreams von Veranstaltungen, interaktive Formate wie die „partizipative Show, Twitter-Chats oder Live-Veranstaltungsblogs werden eine immer größere Rolle spielen.

10. Aktuelle Debatten begleiten

■ Staatliche politische Bildung muss sich stärker an aktuellen Debatten orientieren und darauf reagieren. Es geht – in der Tradition des Beutelsbacher Konsenses – auch hierbei vor allem darum, die Voraussetzungen für eine selbstständige Meinungsbildung der Bürger/ -innen zu schaffen.

Hierfür ist es nötig, die Angebotsformate zu diversifizieren: von mehrtägigen Seminaren in Bildungsstätten (die auch in Zukunft eine Rolle spielen sollen!) hin zu Tages- und Abendformaten, die insgesamt nachfrageorientierter und mobiler werden und auch außerhalb der Bildungsstätte stattfinden.



(c) Christian Plähn



(c) Ulf Dahl

11. Entgrenzung politischer Bildung

■ Staatliche politische Bildung findet nicht nur im nationalen Rahmen statt. Der europäische und internationale Austausch in Begegnungen, grenzüberschreitenden Projekten und Bildungsformaten hat sich zunehmend etabliert und institutionalisiert.

Es gilt, weiter an Standards, Strategien und Netzwerken zu arbeiten, die eine grenzüberschreitende Bürgerschaft fördern. Politische Bildung versteht sich nicht nur darin, sondern generell als entgrenzende Disziplin, die an allen Wegen zur Stärkung des demokratischen Gedankens interessiert ist.



12. Erinnern, aufarbeiten, diskutieren

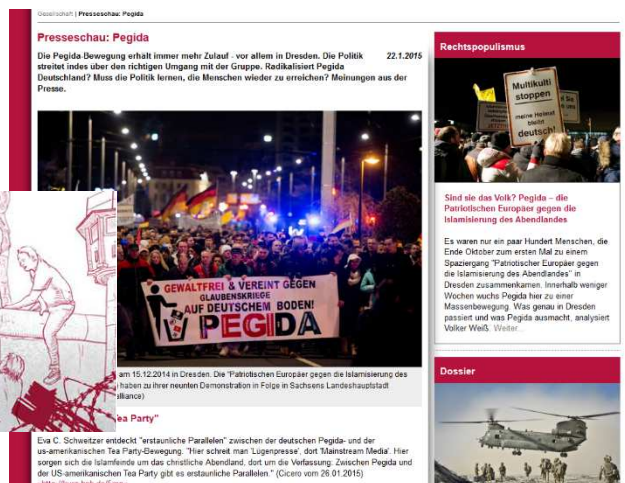
Die intensive Auseinandersetzung mit den Diktaturen in Deutschland im vergangenen Jahrhundert schafft Identität und stärkt die Demokratie. Dabei geht es um einen reflektierten Umgang mit Geschichte, der plurale Geschichtsbilder zulässt und Perspektiven für das Heute schafft. Die Debatten um die historische Erinnerung werden zunehmend aus europäischer und internationaler Perspektive diskutiert. Politische Bildung bemüht sich um einen internationalen Austausch um Gedenkkulturen und Bildungskonzepte. Diese Perspektiverweiterung ist für die Vermittlung und das historische Lernen in einer sich stets in produktiver Veränderung begriffenen Migrationsgesellschaft von zentraler Bedeutung.



13. 26 Jahre danach – Das Erbe des Kommunismus

Politische Bildung muss sich auch weiterhin mit den Folgen der DDR-Diktatur befassen.

Es geht darum, Strategien und Angebote zu finden, wie wir mit den noch weiterwirkenden „Denk- und Aktionsformen“ der kommunistischen Diktatur, mit der „Sehnsucht nach Homogenität“, der „Angst vor dem Fremden“, dem „Euroskeptizismus“ etc. umgehen.



14. Vermittlung einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte



Die deutsche Teilung und Einheit bleibt weiterhin ein zentrales Thema der politischen Bildung. Historisch-politische Bildung kann helfen, die Diskrepanz einer „zerstückelten“ Geschichte zweier deutscher Diktaturen aufzulösen. Sie kann Brücken bauen und Brüche erklären.

Start Politik Internationales **Geschichte** Gesellschaft Nachschlagen Veranstaltungen Lernen Mediathek Shop Dialog

Geschichte | Deutsche Einheit | **Deutsche Teilung - Deutsche Einheit**

Deutsche Teilung - Deutsche Einheit

13. August 1961. In den frühen Morgenstunden beginnt in Berlin der Bau der Mauer. Bewaffnete Grenztruppen rufen das Straßengestel auf, errichten Stacheldraht. Die Mauer war ein Symbol des Kalten Krieges, der die Welt in Ost und West aufteilte. Am 7. Oktober 1949 war die DDR auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone gegründet worden. 1989 brachte eine friedliche Revolution den Fall der Mauer, das Ende der DDR und ebnete den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Mehr als 20 Jahre später ist Deutschland in vielen noch immer ein Land mit zwei Gesellschaften. Der Weg zur "Vollendung der Einheit" scheint weiter als gedacht.

Deutsche Teilung - Deutsche Einheit

Inhalt:

- Geteilte Wirklichkeit
- Geschichte der Mauer
- Die friedliche Revolution
- Der Weg zur Einheit
- Nach 1989
- Grenzland
- Zeitreise
- Für Fragen an
- DDR-Quiz
- Links ins Internet
- Redaktion

Publikationen zum Thema

25 Jahre deutsche Einheit

NEU

Zusammenbruch des SED-Regimes

Der Zusammenbruch des SED-Regimes geschah nicht plötzlich, sondern in Folge einer Entwicklung, die mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Weiter...

Der 9. November 1989

Massendemonstrationen und Ausreise-Wellen drängten die DDR-Führung im Herbst 89 in die Defensive. Die "Macht der Straße" war entscheidend für das Gelingen der Friedlichen Revolution. Weiter...



15. Auseinandersetzung mit Extremismus

■ Politischer Extremismus, abwertende Haltungen und Grenzüberschreitungen von Demokratie, die bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hineinwirken, sind eine andauernde Herausforderung für die politische Bildung – unabhängig von aktuellen Konjunkturen muss politische Bildung demokratische Grundhaltungen stärken, um die Entstehung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen sowie totalitärer Ideologien und Weltbilder zu verhindern.

